

Von Ärzten und Grenzen. Dilemmata der humanitären Hilfe.

Vortrag von Ulrike von Pilar gehalten an der Universität Tübingen im Rahmen der Ringvorlesung „Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe. Bilanz und Perspektiven.“ WS 2005/06

1. Humanitäre Hilfe – bewundert und verachtet, überschätzt und missbraucht

Ein Jahr nach dem Völkermord in Ruanda im Jahre 1994 wurde in Belgien von der Zeitung „Le Soir“ eine Umfrage zur politischen Situation in Burundi durchgeführt. Dieses Land befand sich damals in einer ähnlich explosiven Situation wie vorher das Nachbarland Ruanda, auch auf Grund der ähnlichen Bevölkerungsstruktur, bei der 90 Prozent den Hutu und 10 Prozent den Tutsi zugerechnet wurden. Die Belgier wurden gefragt, wer ihrer Meinung nach am ehesten in der Lage sei, in Burundi einzugreifen, um die Situation zu retten – die Blauhelme der Vereinten Nationen, die belgische Armee, die belgische Diplomatie oder Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz oder Médecins Sans Frontières/Ärzte ohne Grenzen¹? Die überwältigende Mehrheit (83 Prozent) nannten Ärzte ohne Grenzen an erster Stelle, die Blauhelme wurden von 59 Prozent der Bevölkerung genannt, die belgische Diplomatie von nur 28 Prozent. Mehr noch als das schwindende Vertrauen in die Macht und den Willen der Politik dokumentierte dieses schockierende Ergebnis ein kardinales Missverständnis dessen, was humanitäre Hilfe soll und was humanitäre Organisationen leisten können. Auch wenn diese Umfrage inzwischen zwölf Jahre her ist - ähnliche Missverständnisse gibt es bis heute.

Während das Ergebnis dieser Umfrage vor allem ein Beweis für das hohe Ansehen, ja die Überschätzung der humanitären Hilfe ist, zeugen zwei Ereignisse neueren Datums von einer ganz entgegengesetzten Einstellung: Im Oktober 2003 wurde das Hauptquartier des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Bagdad bombardiert. 30 Menschen starben, 200 wurden verletzt; unter den Opfern waren Iraker ebenso wie nationale und internationale Mitarbeiter des IKRK. Dies war der brutalste Angriff auf eine der weltweit angesehensten humanitären Organisationen in ihrer Geschichte. Im Juni 2004 wurden fünf Mitarbeiter von Ärzte ohne Grenzen in Afghanistan ermordet. Und dies, nachdem Ärzte ohne Grenzen seit der sowjetischen Invasion 1980 fast ununterbrochen in vielen Regionen Afghanistans gearbeitet hatte. Woher kommt dieser Hass auf die humanitären Organisationen?

Humanitäre Hilfe, so willkommen und lebenswichtig sie für Millionen Menschen ist und bleibt, wurde immer auch für ganz andere Interessen eingespannt und missbraucht: Waffentransporte getarnt als humanitäre Hilfe, humanitäre Hilfe als Bestechung, humanitäre Hilfe als Alibi für Mangel an politischem Engagement, humanitäre Hilfe als Köder, humanitäre Hilfe als Instrument der Außen- oder Sicherheitspolitik, humanitäre Hilfe als Anlass und Vehikel für mediale Spektakel. Die Geschichte der humanitären Hilfe ist auch die Geschichte ihres Missbrauchs.

¹ Médecins Sans Frontières ist der internationale Name, der allen 19 Organisationen dieses Netzwerks gemeinsam ist. Die deutsche Sektion heißt Ärzte ohne Grenzen, die amerikanische Doctors Without Borders.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind westliche Regierungen verstärkt direkt auf den Konfliktschauplätzen der so genannten Dritten Welt aktiv geworden, oft mit militärischen Mitteln, und haben dies allzu oft mit humanitären Argumenten begründet, so z.B. im Kosovo-Krieg 1999. Insbesondere seit dem 11. September 2001 wird die humanitäre Hilfe immer wieder als Teil einer neuen Sicherheitsstrategie „to win the hearts and minds“ der Bevölkerung gesehen. So haben z.B. die US Streitkräfte in der südafghanischen Grenzregion ?? Flugblätter verteilt, in der sie die Fortsetzung der humanitären Hilfe davon abhängig machten, dass die Menschen Informationen über die Taliban oder Al Quaida an die Streitkräfte weitergeben. Diese Art von Erpressung macht die eigentlich neutrale humanitäre Hilfe in den Augen der Bevölkerung verständlicherweise äußerst verdächtig oder rückt sie zumindest in die Nähe des Militärs und verschärft somit die Unsicherheit für die Mitarbeiter humanitärer Organisationen. Für die Hilfsorganisationen ist es oft schwer geworden, ihre Arbeit von den politischen Interessen und Aktionen von Regierungen zu distanzieren. Das gilt insbesondere für Kontexte, in denen westliches Militär vor Ort agiert.

Auf der einen Seite hohes Ansehen bis zur Überschätzung, auf der anderen Missbrauch und Ablehnung – dies sind nur einige wenige Beispiele für die vielfältigen Reaktionen gegenüber der humanitären Hilfe. Dabei, sollte man meinen, ist die humanitäre Hilfe mit ihrem Ziel, Menschen in Lebensgefahr beizustehen, unabhängig davon, wo sie herkommen und welcher sozialen, ethnischen oder politischen Gruppe sie angehören, etwas rundherum Lobenswertes und Wichtiges. Da aber humanitäre Organisationen immer in extrem schwierigen und oft politisch explosiven Situationen arbeiten, gerät ihre Arbeit wieder und wieder ins Kreuzfeuer widerstreitender Interessen und Erwartungen und wird allzu oft eingespannt für entschieden nicht-humanitäre Ziele wie den „Global War on Terror“.

Wie es zu diesen vertrackten Situationen kommen kann, warum es manchmal verzweifelt schwer ist zu helfen und wie man versuchen kann und muss, sich mit diesen Problemen auseinander zu setzen, möchte ich anhand einiger Beispiele aus der Arbeit von Ärzten ohne Grenzen illustrieren.

2. Fünf Minuten Geschichte

Aus der islamischen Tradition, Mohammed (570–632) zugeschrieben: „Der Gefangene ist dein Bruder und dein Kollege, und er ist in deiner Hand durch die Gnade Allahs. Da er von deinem Wohlwollen abhängig ist, so Sorge dafür, dass er mit Nahrung und Kleidung versorgt werde wie du selbst.“

Den Impuls, verletzten und schwachen Menschen zu Hilfe zu kommen, gibt es in allen Kulturen und Religionen. So hat es auch schon vor über 2000 Jahren in Indien unter König Ashoka Regeln für die Schonung von Verletzten und Zivilisten im Krieg gegeben. Für die Neuzeit haben Hugo Grotius in seinem „De iure belli ac pacis“ und Jean-Jacques Rousseau im „Contrat social“ grundlegende Ideen formuliert: Grotius, der 1625 mitten im Dreißigjährigen Krieg die Prinzipien einer Kriegsführung niederlegt, die nicht alle Mittel zulässt und damit auf eine Zivilisierung der Gewalt selbst im Krieg abzielt. Und Rousseau, der darlegt, dass in einer zivilisierten Gesellschaft der Krieg eine Angelegenheit von Staaten und ihrer Regierungen und nicht die ihrer Bürger sei. Dies habe zur Folge, dass Menschen in dem Moment, in dem sie nicht (mehr) kämpfen oder kämpfen können, nur aufgrund ihres Menschseins ein Recht auf Schonung und Hilfe

haben. Damit ist die für das humanitäre Völkerrecht wesentliche Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten formuliert.

Am Beginn der modernen humanitären Hilfe steht der Genfer Philantrop Henri Dunant, der 1859 auf dem Schlachtfeld von Solferino mit 40 000 verletzten und sterbenden Soldaten konfrontiert ist, für die es kaum Hilfe gibt. Unter dem Schock dieser grauenvollen Erfahrung gründet er 1863 das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und setzt 1864 die Unterzeichnung der ersten Genfer Konvention zum Schutz der Kriegsverletzten durch. Drei Aspekte seiner Idee sind wichtig:

- Nichtkombattanten müssen geschont werden und haben ein Recht auf Hilfe.
- Es muss eine (oder mehrere) permanente, kompetente, von den Staaten unabhängige Organisation(en) geben, deren einzige Aufgabe darin besteht, die Verletzten zu bergen und zu behandeln, unabhängig davon, welchem Lager sie angehören.
- Es muss einen völkerrechtlichen Vertrag geben, in dem die potentiellen Kriegsgegner, die Staaten, sich verpflichten, diese Organisation zu unterstützen und zu respektieren und sie nicht als Akteur im jeweiligen Konflikt anzusehen, da sie eine rein humanitäre Aufgabe hat.

Die Genfer Konventionen, der zentrale Teil des humanitären Völkerrechts, haben nicht zum Ziel, den Krieg abzuschaffen. Sie gehen vielmehr davon aus, dass es Krieg gibt und geben wird, und über die Gründe oder die Berechtigung, einen Krieg zu führen, sagen sie nichts. Ihr Ziel ist die Eindämmung der Gewalt durch bestimmte Regeln und die Schaffung einer Nische der Humanität im Chaos der Schlachten, in der Menschen, die nicht kämpfen (also auch verletzte oder gefangene Soldaten), menschlich behandelt werden. In diesem Sinne hat das humanitäre Völkerrecht für viele einen durchaus zynischen Aspekt. Aber zumindest besteht es darauf, dass es auch im Krieg eine Verantwortung der Machthaber gibt, einen Raum zu schaffen und zu respektieren, in dem jeder Mensch ein Recht auf ein Minimum an Versorgung und Würde hat. Deshalb sind für viele diese für das humanitäre Völkerrecht zentralen Forderungen so etwas wie das absolute Minimum an Menschlichkeit, das eine zivilisierte Gesellschaft und unsere Regierungen, die ja die Unterzeichner der Genfer Konventionen sind, garantieren müssen.

Seit Dunant sind Brutalität und Grausamkeit ebenso wenig verschwunden wie bewaffnete Konflikte, humanitäre Hilfe jedoch gibt es mehr denn je. Aber sie ist erstens sehr ungerecht verteilt, denn während sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, und damit oft der Hilfsanstrengungen, auf die Opfer einiger Konflikte oder Katastrophen konzentriert, bleiben andere unsichtbar und erhalten kaum die Hilfe, die sie dringend brauchen. Und zweitens ist nicht alles, was humanitär heißt, auch wirklich humanitär. Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass ohne das humanitäre Völkerrecht Gasangriffe, Folterung von Kriegsgefangenen, Massaker an Zivilisten oder Massenvergewaltigungen rechtmäßig wären und es kein Recht auf humanitäre Hilfe gäbe. In der Tat wurde im Ersten Weltkrieg das Rote Kreuz weitgehend respektiert und leistete großartige Hilfe, auch wenn die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts den Gebrauch von verbotenen Waffen nicht verhindern konnten.

Die Prinzipien des Roten Kreuzes wurden mit solcher Begeisterung aufgenommen, dass sich in vielen Ländern nationale Rotkreuz-Gesellschaften und in islamischen Ländern Roter-Halbmond-Gesellschaften bildeten. Während das Internationale Komitee vom Roten Kreuz völlig regierungsunabhängig blieb und vor allem in Kriegs- und

Konfliktfällen interveniert, sind die nationalen Gesellschaften stärker an ihre jeweiligen Regierungen gebunden und eher auf humanitäre Hilfe in Naturkatastrophen spezialisiert. Gemeinsam ist ihnen eine sehr strikte Auslegung des Neutralitätsgebots, das zur Folge hat, dass das Rote Kreuz nur sehr selten mit Stellungnahmen an die Öffentlichkeit geht.

Mit dem Aufkommen der totalitären Regime in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden die humanitären Ideale allerdings schnell auf eine harte Probe gestellt: Im Jahr 1921 brach in der jungen Sowjetunion, insbesondere in der Ukraine, eine schreckliche Hungersnot aus. Wie fast immer war dies keine Folge einer Naturkatastrophe, sondern Folge politischer Entscheidungen und Konflikte: in diesem Fall des Bürgerkriegs, der Vertreibungen und der Kollektivierung der Landwirtschaft. Nachdem die sowjetische Regierung die Hungersnot monatelang ignoriert hatte, appellierte Lenin an die Proletarier der Welt, später – auch mit Maxim Gorkijs Unterstützung, an den Völkerbund sowie die westlichen Staaten, um Nahrungsmittelhilfe zu erhalten. Diese Hilfe sollte an seine Regierung geliefert und durch sie verteilt werden. Sein Ziel: Durch die internationale Unterstützung eine indirekte Anerkennung seines Regimes durch die ihm ansonsten feindlich gesinnten Staaten zu erreichen und gleichzeitig durch die Verteilung von Hilfsgütern die drohenden Unruhen in der eigenen Bevölkerung zu vermeiden und das Ansehen seiner Regierung aufzuwerten. Machtpolitische Erwägungen also. Gleichzeitig ließ er Juwelen im Werte von Millionen US Dollar im Ausland verkaufen, um damit Waffen zu finanzieren. Nicht genug – die Sowjetunion bot gleichzeitig riesige Mengen von Getreide auf internationalen Märkten zum Verkauf an, während im eigenen Land Millionen von Menschen verhungerten.

Der norwegische Polarforscher Fridtjof Nansen, damals Hochkommissar des Völkerbunds für Flüchtlinge, und andere waren mit dem Dilemma konfrontiert, der Bevölkerung zu helfen und damit Lenin zu stärken oder der Hungerkatastrophe untätig zuzusehen. Aber sie spielten das böse Spiel mit, lieferten Nahrungsmittel und stellten keine Bedingungen an die sowjetische Regierung. Dies auch in der Hoffnung, dadurch das Regime einer Öffnung zugänglich zu machen. Herbert Hoover hingegen, der spätere Präsident der USA, mobilisierte als Chef der ARA, der American Relief Association, nicht nur Nahrungsmittel in ungeheuren Mengen, sondern stellte auch Bedingungen, die die Unabhängigkeit der amerikanischen Hilfsaktion von sowjetischem Einfluss garantieren sollten. Lenin unterzeichnete zwar den Vertrag, unterließ ihm aber regelmäßig und platzierte sowjetische Agenten in den Hilfsteams. Man schätzt, dass Hoovers phänomenale Anstrengung ungefähr neun Millionen Menschen das Leben gerettet hat, doch ca. fünf Millionen starben. Die Bevölkerung blieb trotzdem eine Geisel des Regimes, das mit dem Hungertod der Menschen als Einsatz um politische Vorteile pokerte. Hat, so könnte man fragen, die humanitäre Hilfe auch Lenins Regime gerettet?

Dunants Ideal der Trennung des humanitären Bereichs vom politischen hatte seine erste große Niederlage erlitten. Und man kann sich fragen, ob die humanitäre Hilfe Lenin gerettet hat. Man schätzt, dass fünf Millionen Menschen verhungert sind, zehn Millionen wurden gerettet.

Hier haben wir das Muster eines der fundamentalen Dilemmata der humanitären Hilfe: Wie kann man den Opfern beistehen, ohne ihre Unterdrücker zu stärken? Was helfen die Genfer Konventionen, wenn deren Voraussetzung - die Sorge und der Respekt für bedürftige und bedrohte Menschen - von genau denen, die die Kontrolle über diese

Menschen haben, abgelehnt wird? Und ab wann werden Hilfsorganisationen zu Komplizen der Gewalt und der Unterdrückung?

Dieser Vorwurf wird ja der humanitären Hilfe bis heute regelmäßig gemacht: Sie helfe indirekt immer auch den Kriegsherren, sie verlängere Kriege, sie könne nicht verhindern, dass ein Teil der Hilfe verschwinde und den Falschen zugute komme, die ihrerseits diese Hilfe in Waffen ummünzen könnten. Die Frage, welche Wirkung und welche möglicherweise negativen Folgen humanitäre Hilfe hat, ist wichtig und legitim und fällt auch in die Verantwortung der Hilfsorganisationen, die sie allzu oft sträflich vernachlässigen. Aber eine einfache Antwort auf die Frage, was man tun kann und muss, um negative Auswirkungen weitgehend zu vermeiden, gibt es nicht. Außerdem ist dies ebenso eine Frage an die Regierungen, die die Genfer Konventionen unterschrieben haben, die einen großen Teil der internationalen humanitären Hilfe finanzieren und die doch allzu oft die humanitäre Hilfe für politische Zwecke instrumentalisieren.

Dieses Dilemma jedenfalls zieht sich durch die gesamte Geschichte der Kriege und Konflikte und der humanitären Hilfe und ist heute so aktuell wie vor 100 Jahren. Man denke nur an die aktuelle Diskussion um die Unterstützung der Hamas bzw. der palästinensischen Bevölkerung.

Wenige Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sah sich das Rote Kreuz selbst mit diesem Dilemma konfrontiert und versagte. Nicht nur wurde das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in den dreißiger Jahren vom Hitler-Regime völlig gleichgeschaltet (eine Zeit lang war der Chefarzt der SS, der später auch für die berühmten medizinischen Experimente in den Konzentrationslagern zuständig war, gleichzeitig der Leiter des DRK), ohne dass die Föderation der Rot-Kreuz-Gesellschaften oder das IKRK protestierten. Sondern das IKRK hat auch nie gegen die Vernichtung der Juden protestiert, obwohl es seit 1943 klare Hinweise auf die Massenmorde in den Vernichtungslagern hatte. Ein Grund dafür war, dass es den (wenn auch minimalen) Zugang zu den Konzentrationslagern wie zu den Kriegsgefangenen nicht verlieren wollte, ein weiterer war die selbstauferlegte Verpflichtung, strikt neutral zu bleiben. Dies offensichtlich auch unter dem Druck der damaligen Schweizer Regierung. So hat seine Neutralität das IKRK in den Augen vieler zum Komplizen der Nazis gemacht

Dieser Fall, den das IKRK selbst in langjährigem Bemühen aufgearbeitet hat, zeigt aber auch in aller Schärfe eine der prinzipiellen Grenzen der humanitären Hilfe: Angesichts eines totalitären Regimes, das genau die Regeln außer Kraft setzt, auf deren Respekt die humanitäre Hilfe angewiesen ist, stellt sich die dringende Frage, was überhaupt eine humanitäre Organisation ausrichten kann – ohne zur Komplizin zu werden. Auch wenn klar ist, dass humanitäre Organisationen sich aus dem jeweiligen Konflikt heraushalten müssen und nicht politisch Partei beziehen können, andernfalls sie nämlich riskieren, nicht mehr für die Bedürftigen auf allen Seiten arbeiten zu können, bleibt angesichts der systematischen Ausrottung einer ganzen Bevölkerungsgruppe die Frage, wie weit dieses Sich-Heraushalten gehen darf. Humanitäre Hilfe braucht den Respekt und die Unterstützung der jeweiligen Machthaber. Was aber kann sie ausrichten angesichts eines Regimes, das sich die Vernichtung genau der Menschen zum Ziel gesetzt hat, die es zu schützen gilt? Im Falle eines Völkermords wie in Nazi-Deutschland muss man schließen, dass die humanitäre Hilfe nichts leisten konnte, sondern im Gegenteil Gefahr laufen musste, durch ihr Schweigen das mörderische Regime zu decken.

Es bleibt festzuhalten:

- Humanitäre Hilfe sollte ausschließlich den Opfern von Konflikten und Katastrophen zugute kommen, aber dazu sind der Respekt und die Zustimmung der Konfliktparteien oder Regierungen nötig.
- Ist dieser Respekt nicht gegeben, so kann humanitäre Hilfe instrumentalisiert und missbraucht werden und dadurch unter Umständen großen Schaden anrichten.
- Und: In den meisten Fällen war humanitäre Hilfe für die Opfer der großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht vorhanden - die Völkermorde an den Herero und den Armeniern, Nazi-Deutschland und die Vernichtungslager, der sowjetische Gulag, Maos China und the Great Leap Forward, der Vietnam-Krieg, das Terrorregime der Roten Khmer in Kambodscha, die Golf-Kriege.

Gemessen an dem ungeheuren Leid Hunderter Millionen von Menschen hat die humanitäre Hilfe erschreckend wenig ausgerichtet. Aber was wissen wir von den Geretteten? Und wie sähe die Welt aus, wenn es diese Hilfe nicht gäbe?

3. Was ist humanitäre Hilfe? (Und was ist sie nicht?)

David Rieff hat für sein Buch „A Bed for the Night“, in dem er auf höchst unbequeme Weise die aktuelle humanitäre Hilfe analysiert, das folgende Gedicht von Bertold Brecht als Motto und Titel gewählt:

DIE NACHTLAGER (engl: *A BED FOR THE NIGHT*)

*Ich höre, daß in New York
An der Ecke der 26. Straße und des Broadway
Während der Wintermonate jeden Abend ein Mann steht
Und den Obdachlosen, die sich ansammeln
Durch Bitten an Vorübergehende ein Nachtlager verschafft.*

*Die Welt wird dadurch nicht anders
Die Beziehungen zwischen den Menschen bessern sich nicht
Das Zeitalter der Ausbeutung wird dadurch nicht verkürzt
Aber einige Männer haben ein Nachtlager
Der Wind wird von ihnen eine Nacht lang abgehalten
Der ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße.*

Leg das Buch nicht nieder, der du das liest, Mensch.

*Einige Menschen haben ein Nachtlager
Der Wind wird von ihnen eine Nacht lang abgehalten
Der ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße
Aber die Welt wird dadurch nicht anders
Die Beziehungen zwischen den Menschen bessern sich dadurch nicht
Das Zeitalter der Ausbeutung wird dadurch nicht verkürzt.*

Was an dem Gedicht verwundert, ist die Beharrlichkeit, mit der Brecht hier das „Lager für eine Nacht“ gegen den Vorwurf verteidigt, diese minimale Geste ändere ja nichts an den realen Bedingungen, ändere nichts „wirklich“ an den gesellschaftlichen

Verhältnissen, die den Menschen zum Obdachlosen gemacht haben. Der „wahre“ politische Ehrgeiz muss doch immer dahin gehen, die Ausbeutung, die Ausgrenzung - kurz die Bedingungen abzuschaffen, die Ursache des Leidens der Menschen sind.

Die humanitäre Hilfe befindet sich in genau dieser Situation: Sie gibt nicht vor, die Verhältnisse ändern, den Krieg und das Morden abschaffen zu können, es ist nicht einmal ihr erklärtes Ziel – dafür müssen andere kämpfen. Die humanitäre Hilfe weigert sich schlicht zu akzeptieren, dass es „normal“ ist, dass Menschen kein Nachtlager haben, keine lebensrettenden Medikamente, kein sauberes Wasser, keine Nahrung für sich und ihre Kinder. Dass ihr Leiden und Sterben und Gejagtwerden „normal“ ist, oder vernachlässigbar, oder angesichts der viel größeren Herausforderung, die Verhältnisse zu ändern, in Kauf genommen werden muss. Die humanitäre Hilfe weigert sich, die individuelle Not eines Menschen heute einer Perspektive auf politische Veränderung morgen unterzuordnen.

Von den Humanitären wird immer wieder erwartet, dass sie sich mit aller Kraft für die Abschaffung des Krieges und die Lösung der Konflikte mit friedlichen Mitteln einsetzen. Für die Humanitären ist das möglicherweise ein löbliches, aber illusorisches Projekt, das jedenfalls denen, die heute ermordet, gejagt und verstümmelt werden, nicht mehr hilft. Ein Humanitärer hat im allgemeinen kein Urteil über das Pro und Contra eines Krieges, hat aber sehr wohl ein Urteil darüber, wie die Zivilbevölkerung behandelt wird. Für uns ist die Priorität, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die HEUTE bedrohten Menschen JETZT zu retten. Insofern ist die humanitäre Arbeit auf das Hier und Jetzt konzentriert, sie ist reaktiv – reagiert auf die jeweiligen Katastrophen – und hat außer dieser bescheidenen humanitären Ethik keine darüber hinausgehenden gesellschaftlichen oder politischen Ziele oder Modelle zu verteidigen.

Insofern ist die humanitäre Hilfe unideologisch, und sie wird sich gegen jede Ideologie wehren, die nach dem Motto „wo man hobelt, da fallen Späne“ vermeidbares Leiden von Menschen bewusst in Kauf nimmt oder einkalkuliert. Genau dies drücken die Genfer Konventionen aus – sie sind so etwas wie eine Minimal-Charta der Menschlichkeit und deshalb ein Kernstück der Zivilisation, an dem diese sich messen lassen muss.

Es gibt keine international anerkannte, kodifizierte Definition der humanitären Hilfe, und verschiedene Organisationen wie auch viele Regierungen und andere Akteure konzentrieren sich auf je unterschiedliche Aspekte. Die Kernidee ist, dass humanitäre Hilfe sich an die Opfer von Kriegen und Konflikten ebenso wie von Naturkatastrophen oder auch Epidemien richtet. Menschlichkeit und Respekt für die Würde der Menschen geben der humanitären Hilfe den Impuls zum Handeln, und Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität sind die von allen anerkannten (wenn auch nicht unbedingt immer umgesetzten) Prinzipien. Humanitäre Hilfe ist Überlebenshilfe in schweren Krisensituationen, in denen die normalerweise vorhandenen Mechanismen der Versorgung („coping mechanisms“) nicht mehr funktionieren und das Leben vieler Menschen akut bedroht ist. Humanitäre Hilfe hat zum Ziel, mit friedlichen Mitteln Menschenleben zu retten und Leiden zu lindern, die Würde der Menschen zu respektieren und ihnen beizustehen, bis wieder ein gewisser Grad an Normalität erreicht ist und die dafür vorgesehenen Strukturen und Institutionen wieder funktionieren.

Humanitäre Hilfe ist meistens – hoffentlich – kurzfristig. Sie schließt die Versorgung mit Unterkunft, Wasser und Lebensmitteln ebenso ein wie medizinische Versorgung. Aber sie ist mehr als Technik, Logistik oder das Management von Flüchtlingslagern. Es gibt

technisch gute humanitäre Projekte, die kriminell sind, weil sie – möglicherweise unbewusst und ungewollt – kriminellen Akteuren in die Hände spielen. Deshalb gehört die Frage nach den Auswirkungen und Konsequenzen der humanitären Hilfe unlösbar zu ihrer Bewertung. Ein Beispiel dafür werde ich in dem Abschnitt über Ruanda beschreiben.

Humanitäre Hilfe arbeitet ausschließlich im Interesse der betroffenen Menschen, mit deren Überleben und Wohlbefinden als Priorität. Humanitäre Beweggründe, nicht politische oder militärische, ökonomische oder religiöse sind ausschlaggebend.

Hier wird schon klar, dass viele Akteure, die man heute schnell als humanitär bezeichnet, dies in dem hier skizzierten Sinne nicht sind. So zum Beispiel die Bundeswehr, die natürlich nie unabhängig von politischen Interessen handeln kann und soll und als Konfliktpartei am sogenannten humanitären Krieg im Kosovo teilgenommen hat, während sie gleichzeitig „humanitäre Hilfe“ in Mazedonien leistete. In diesem Fall hatte die „humanitäre“ Tätigkeit der Streitkräfte durchaus propagandistische Züge und diente auch innenpolitischen Zielen, indem sie die deutsche Beteiligung am Kosovo Krieg „humanitär“ und damit akzeptabler machte.

Humanitäre Hilfe ist von ihrem zentralen Anliegen her weder Entwicklungshilfe noch Verteidigung der Menschenrechte; sie kann nicht die Ursache der Konflikte beseitigen und Frieden schaffen – das sind politische Aufgaben, die in die Verantwortung politischer Akteure fallen. Sie kann Flüchtlingslager nicht auflösen – und vor allem kann sie eines nicht: Sicherheit schaffen, wo Gewalt und Terror herrschen. Oder wie Ärzte ohne Grenzen etwas plakativ während des Völkermords in Ruanda geschrieben hat: „Mit Ärzten stoppt man keinen Völkermord“.

Humanitäre Hilfe ist „a bed for the night“. Etwas scheinbar ganz Bescheidenes, fast lächerlich Bescheidenes; so bescheiden, dass humanitären Organisationen immer wieder vorgeworfen wird, dass sie nicht mehr wollen – etwa Menschen vor Gewalt schützen, Frieden schaffen, den Krieg abschaffen, kurz die Welt vernünftiger machen. Aber wir schaffen ja nicht einmal das, was in erster Linie unser Auftrag ist: das Minimum dessen, was die Menschheit sich selbst und ihren schwächsten Mitgliedern zusichern müsste, und in den Genfer Konventionen ja auch garantiert hat. Aber die Realität sieht, wie wir wissen, ganz anders aus: Selbst diese lächerlich bescheidenen Garantien für ein Minimum an Menschlichkeit werden täglich bewusst und systematisch mit Füßen getreten. Humanitäre Hilfe zu leisten, gut zu leisten, so zu leisten, dass man wirklich hilft und nicht ungewollt mehr Schaden anrichtet, ist schwer, und die Erfüllung dieser Aufgabe wird den humanitären Organisationen häufig absichtlich noch schwerer gemacht – oftmals von allen Seiten.

4. Unparteilichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität - Die Prinzipien der Humanitäre Hilfe

Die Genfer Konventionen definieren humanitäre Hilfe indirekt und sprechen von einer „humanitären unparteilichen Organisation wie dem IKRK“, die in Konfliktfällen ihre Dienste anbieten kann. Hier steht an wichtigster Stelle der zentrale Begriff der Unparteilichkeit. Dies ist das Prinzip, das am klarsten ausdrückt, was die „Menschlichkeit“, das „Humanitäre“ in humanitärer Hilfe, bedeuten soll: Es ist das Diskriminierungsverbot – (nicht-kämpfenden) Menschen, die Hilfe brauchen, wird geholfen, unabhängig davon, zu welchem Lager oder welcher Gruppe sie gehören. Es

gibt keine „guten“ oder „bösen“ Opfer im Angesicht akuter Not, es gibt nur Menschen. Dieser Grundsatz ist natürlich besonders für Mediziner nicht nur an Kriegssituationen geknüpft, sondern entspricht einem der zentralen Leitsätze der Medizin, wie er vor mehr als 2500 Jahren von Hippokrates formuliert wurde. Der zweite Aspekt dieses Prinzips der Unparteilichkeit ist die Proportionalität der Hilfe: Humanitäre Hilfe wird nach Maßgabe der Bedürftigkeit geleistet, was auch bedeutet: die Schwächsten und die Gefährdetsten zuerst.

Um unparteilich arbeiten zu können, muss eine Organisation vor allem unabhängig sein – unabhängig von politischen, ökonomischen oder sonstigen Interessen, die nicht das Wohlergehen der betroffenen Menschen als oberste Priorität setzen. Das bedeutet z.B., dass humanitäre Organisationen nicht im Auftrag von Regierungen arbeiten. Sie müssen selbst in der Lage sein, die Situation und die wichtigsten Bedürfnisse einzuschätzen und selbst die Entscheidungen über ihre Projekte fällen können. Um dies möglich zu machen, müssen sie einen hohen Grad an finanzieller ebenso wie logistischer Unabhängigkeit besitzen. So hat es sich Ärzte ohne Grenzen z.B. vorgenommen, weitgehend mit Privatspenden zu arbeiten, und in Kriegssituationen akzeptieren wir keine Finanzierungen durch Regierungen, die Konfliktpartei sind – wie z.B. während des Kosovo-Kriegs im Frühjahr 1999, als wir keine finanzielle Unterstützung der Nato-Mitglieder angenommen haben.

Wenn Regierungen oder Institutionen der UN aus politischen Gründen humanitäre Hilfe einschränken oder behindern wollen, ist es notwendig für eine humanitäre Organisation, Widerstand zu leisten und trotzdem so weit wie möglich handlungsfähig zu bleiben. So kam z.B. in Angola, nach der Niederlage der UNITA Anfang 2002, die von der UN geleitete Hilfsaktion für die katastrophale Ernährungskrise, von der Hunderttausende Zivilisten und ex-UNITA Kämpfer betroffen waren, viel zu spät. Weil die UN, trotz der akuten Notsituation, erst eine umfassende politische Vereinbarung mit der angolanischen Regierung als Vorbedingung für weitere Hilfe aushandeln wollte, versuchte sie aktiv, humanitäre Organisationen daran zu hindern, in den Lagern und Siedlungen, wo die Sterblichkeitsrate weit über dem Notfallwert lag, zu arbeiten. Ärzte ohne Grenzen, nicht angewiesen auf Regierungsfinanzierungen und relativ autonom in seinen Handlungsmöglichkeiten, hat trotzdem dort gearbeitet. Aber Tausende Menschen starben, auch als Folge bewusster Vernachlässigung.

Für die unabhängige Arbeit einer humanitären Organisation sollten insbesondere die folgenden Bedingungen erfüllt sein, die so etwas wie einen „humanitären Raum“ definieren – nicht im geographischen Sinne, sondern im Sinne eines Handlungsspielraums, der es humanitären Organisationen ermöglicht, sinnvolle Hilfe zu leisten:

- freier Zugang zu der bedrohten Bevölkerung,
- ungehinderte Evaluierung der Bedürfnisse,
- eigene Kontrolle über die Programme,
- unabhängige Auswertung und Analyse der Wirkung der Programme durch die Hilfsorganisation.

Auch wenn diese Bedingungen selten alle vollständig erfüllt sind, so bilden sie doch einen brauchbaren Kriterienkatalog für die Chance, dass ein Hilfsprogramm auch wirklich das bewirkt, was es leisten soll, und die bedürftigsten Menschen nicht nur erreicht, sondern auch tatsächlich ihre Situation verbessert. Sind diese Bedingungen nicht oder nur teilweise erfüllt, erlaubt dies Manipulationen und Missbrauch der humanitären Hilfe mit möglicherweise sehr negativen Folgen.

Zusammen mit den Prinzipien der Humanität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit ist die Neutralität das vierte wichtige Prinzip der humanitären Hilfe, so z.B. auch im ‚Code of Conduct‘ für humanitäre Organisationen. „Neutralität“ bedeutet hier, dass die Organisationen politisch in dem jeweiligen Konflikt nicht Stellung beziehen und nicht aktiv einer der Konfliktparteien zu Hilfe kommen dürfen. Sie müssen sich verpflichten, sozusagen unterhalb der Reizschwelle des Konfliktes zu agieren, andernfalls sie die Anerkennung der beteiligten Staaten – verständlicherweise – verlieren würden.

Verschiedene Organisationen interpretieren die Bedeutung der Neutralität sehr unterschiedlich. Während die einen sie als die Verpflichtung zum strikten Stillschweigen und zur Präsenz auf allen Seiten eines Konfliktes auffassen, ringen andere wie z.B. Ärzte ohne Grenzen um einen Mittelweg: Wir machen oft unsere Berichte öffentlich, weil wir meinen, dass das eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass sich etwas ändert und dass die Menschen nicht vergessen werden (s. dazu den Abschnitt „témoignage“ in dem Kasten „Was tun die Ärzte ohne Grenzen?“). In diesem Sinne versuchen wir, einen Schritt über das bloße Nachtlager hinauszugehen. Wir beziehen aber i.a. nicht politisch Stellung in dem Sinn, dass wir der einen oder anderen Seite Recht geben oder bestimmte politische Lösungen vorschlagen. Wir sind der Meinung, dass das meistens unsere Kompetenz übersteigt und in der Tat unsere Glaubwürdigkeit als humanitäre Organisation verletzen würde. Wie der Fall Ruanda zeigt (s.u.), oder auch die Situation in Bosnien vor zehn Jahren, wo Ärzte ohne Grenzen eine Militärintervention verlangte, muss jedoch die Entscheidung, wie weit man geht und was wirklich im Interesse der leidenden Menschen ist, jedes Mal neu getroffen werden. Dies ist in vielen Fällen eine der schwierigsten Entscheidungen für uns: Schweigen oder Reden – wie hilft man den Menschen besser?

Jedenfalls ist die Neutralität kein Wert an sich; sie meint auch keinesfalls Gleichgültigkeit angesichts von Grausamkeit und Leid, sondern ist eher eine Randbedingung der Möglichkeit, in einem Konflikt direkt tätig zu werden. Die hier angesprochene Neutralität liegt auch eher im Interesse der Staaten, nicht so sehr der Hilfsorganisationen, und ist so etwas wie ein Stillhalteabkommen zwischen humanitären Organisationen und Konfliktparteien. Sie ist die Zugangsbedingung für die Arbeit in den Konfliktgebieten und deshalb eher ein Werkzeug als ein Prinzip wie die Unparteilichkeit, die den zentralen Wert der (Mit-)Menschlichkeit ausdrückt.

Die Forderung nach Neutralität ist in jedem Falle ein sehr ambivalenter Aspekt der humanitären Hilfe, wie die Situation des Roten Kreuzes in Deutschland während des Nazi-Regimes gezeigt hat. Das ist genau das, was Gegner dieser Neutralität anprangern: Es gibt einen Punkt, wo Schweigen zur Komplizenschaft wird. Angesichts eines Völkermordes ist dieses Schweigen kriminell. Aber die Frage bleibt und stellt sich jeden Tag: Wie neutral darf eine humanitäre Organisation sein, die Zeuge der schlimmsten Gewaltakte wird? Wie neutral muss sie sein, um als nur humanitär akzeptiert zu werden und inmitten von Konflikt und Gewalt Hilfe leisten zu können?

Die Genfer Konventionen jedenfalls fordern von den Hilfsorganisationen nicht, neutral zu sein, sie nennen Humanität und Unparteilichkeit als die zentralen Charakteristika der humanitären Hilfe.

5. Vertreibung, Mord, Vergewaltigung – zwei Millionen Vertriebene in Darfur

Bereits im Februar 2003 eskalierte der Konflikt zwischen der Regierung in Khartum und Rebellen Gruppen in Darfur im Westen des Sudan. Als die Regierung schwere Waffen einsetzte und Dörfer aus der Luft bombardierte, begann im Juli die Fluchtwelle. Zugleich betrieben mit der Regierung verbündete Milizen, die Janjaweed, einen brutalen Feldzug gegen die Zivilbevölkerung. Dorf um Dorf wurde überfallen und abgebrannt, die Bewohner berichteten von Vergewaltigung, Raub, Mord und Vertreibung. Dargestellt wird dieser Konflikt immer wieder auch vereinfacht als ethnischer Konflikt, oder als Konflikt zwischen den sesshaften (eher schwarzafrikanischen) Bauern und den (eher als arabisch-stämmig) beschriebenen Nomaden, aus denen sich die Janjaweed rekrutieren.

Der Terror der Milizen fand buchstäblich unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, denn die sudanesishe Regierung ließ weder humanitäre Hilfe noch Medienbeobachter zu. Im September 2003 arbeiteten wir im Tschad an der Grenze zu Darfur und hörten dort zum erstenmal selbst die schockierenden Berichte von Flüchtlingen. Aber auch wir brauchten Monate, um die Bedeutung dieser Berichte und das Ausmaß der Katastrophe zu begreifen. Im Nachhinein muss man sich fragen, ob wir damals nicht versäumt haben, sofort und massiv an die Öffentlichkeit zu gehen. Aber da wir nicht selbst Zeuge der Gewalt geworden waren, taten wir uns schwer damit, schnell und angemessen zu reagieren.

Als Ärzte ohne Grenzen im Dezember 2003 als eine der ersten internationalen Organisationen nach Darfur gelangte, waren bereits ganze Landstriche entvölkert. Aber Zugang zu der betroffenen Bevölkerung zu erhalten, war eine äußerst frustrierende Erfahrung. Wir hatten wegen der Blockierung durch die sudanesishe Regierung bereits wertvolle Monate verloren und waren nicht in der Lage gewesen, den Menschen in der Zeit ihrer schwersten Not beizustehen. Zugleich drängten sich an einigen Orten Zehntausende Vertriebene, von jeder Hilfe abgeschnitten, in Lagern und Dörfern zusammengepfercht, die sie nicht verlassen konnten. Denn beim Wasser holen oder bei der Suche nach Nahrung und Feuerholz kam es immer wieder zu Überfällen der Milizen. Viele Kinder waren stark unterernährt, eine Hungerkatastrophe drohte. Hilfe kam viel zu langsam und nicht in genügendem Ausmaß – eine Tatsache, die schwer zu begreifen ist, denn zu dieser Zeit (Frühjahr 2004) war die Katastrophe in Darfur bereits in aller Munde, und eine Regierungs- oder UN-Delegation nach der anderen reiste in die Krisenregion. Aber selbst die Menschen in bequem zu erreichende Vertriebenenlagern (und viele waren extrem schwer zu erreichen) erhielten nicht genügend Hilfe. Außerdem hat, trotz internationaler politischer Bemühungen, die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung bisher nicht aufgehört, und die Janjaweed sind bis heute nicht entwaffnet.

Zwei Jahre später hat sich an der prekären Lebenssituation der Zivilbevölkerung nicht viel geändert. Man schätzt, dass ungefähr zwei Millionen Menschen vertrieben wurden, darunter 200 000 Menschen, die sich in den benachbarten Tschad flüchten konnten. Von mehr als 400 zerstörten Dörfern wird gesprochen. Trotz gegenteiliger Versicherungen hat sich die Situation nicht stabilisiert, und der Bedarf an humanitärer Hilfe wächst eher mit dem fortdauernden Konflikt. Die Menschen in den Lagern erhalten nicht viel mehr Hilfe, als sie zum knappen Überleben brauchen. Überall, wo Ärzte ohne Grenzen medizinische Hilfe anbietet, sehen die Teams weiterhin viele Opfer von Überfällen und sexueller Gewalt. Zwischen Januar und Mai 2005 haben die Mitarbeiter mehr als 500 Gewaltopfer und 278 Vergewaltigungsoffer behandelt. Im Herbst 2005 arbeitet Ärzte ohne Grenzen mit mehr als 300 internationalen und über 4000 sudanesischen Mitarbeitern in 32 Lagern und Dörfern in ganz Darfur. Im Jahr 2004

haben die Teams mehr als eine Million Konsultationen durchgeführt und über 50 000 unterernährte Kinder behandelt. Dabei waren die größten Probleme neben der Versorgung mit Trinkwasser Krankheiten wie Durchfall, Atemwegsinfektionen, Malaria, Meningitis und Hepatitis sowie eine katastrophale sanitäre Situation. Und obwohl sich die Lebensbedingungen in einigen Lagern etwas gebessert haben, gibt es immer noch Regionen, in die wegen der fortwährenden Unsicherheit überhaupt keine Hilfe gelangt.

Für die Hilfsorganisationen stellt sich wie so oft die Frage, in wieweit die humanitäre Hilfe dazu beiträgt, einen status quo aufrechtzuerhalten – nämlich die Lager -, der auf die Dauer nicht wünschenswert sein kann. Das Leben in den Lagern ist nicht nur ungesund und von extremer Armut und Abhängigkeit bestimmt, es bietet ja auch keine Perspektive. Aber die Alternative – Rückkehr in die (zerstörten) Dörfer - ist auch keine Option, die andauernde Unsicherheit und Gewalt machen das illusorisch. „Ihr Leben hängt an einem dünnen Faden, und der heißt humanitäre Hilfe“, wie eine Mitarbeiterin sagte. Nicht nur dass die Menschen mit körperlichen Beschwerden kämpfen, viele sind auch schwer traumatisiert, sowohl durch die Gewalt, die sie auf die Flucht getrieben hat und bis in die Lager verfolgt, wie auch durch die völlige Unsicherheit, was ihre Zukunft angeht.

Darüber hinaus sind wir mir der Frage konfrontiert, ob wir ungewollt an der Festschreibung dessen, was man ethnische Säuberung nennen könnte, mitwirken. Zumindest viele der marodierenden Janjaweed werfen mit rassistischen Parolen um sich und begründen damit die Zerstörung der Dörfer und sogar die massenhaften Vergewaltigungen. Schon in Bosnien in den neunziger Jahren haben sich die UN und die Hilfsorganisationen in einem ähnlichen Dilemma befunden, als es um die Frage ging, wem man in die Hände spielt, wenn man in den Konzentrationslagern arbeitet.

Für die Vertriebenen ebenso wie für die Hilfsorganisationen ist aber das größte Problem der Mangel an Sicherheit und der Schutz vor Gewalt. Angesichts der Größe der Provinz (Darfur ist ungefähr so groß wie Frankreich) und der weit verstreuten Bevölkerung ist Hilfe auf Straßentransport angewiesen. Die Straßen sind aber oft unpassierbar – auch durch Wettereinflüsse, aber vor allem durch Mangel an Sicherheit. Und für die Vertriebenen in den Lagern gibt es bis heute nicht genügend Schutz vor der andauernden Gewalt. Ärzte ohne Grenzen ist zwar wiederholt mit Dokumentationen und Berichten an die Öffentlichkeit getreten und hat Regierungen ebenso wie den Sicherheitsrat informiert, aber dies und die Anstrengungen vieler anderer Organisationen, wie auch der Medien, hat leider keine Auswirkung auf die Situation der Menschen in Darfur gehabt.

Eine der schrecklichsten Erfahrungen in Darfur sind die weitverbreiteten Vergewaltigungen. Zwischen Oktober 2004 und Februar 2005 hatte Ärzte ohne Grenzen rund 500 vergewaltigte Frauen und Männer im Alter zwischen 12 und 45 Jahren in Darfur behandelt, unter ihnen auch schwangere Frauen. Vermutlich ist die Dunkelziffer sehr hoch. Wir hatten diese Fälle dokumentiert, die Berichte der Opfer berichteten meistens von bewaffneten Männern in Uniform, die diese Gewalttaten verübten, und viele meiner Kollegen fanden, dass man den Bericht unbedingt veröffentlichen müsse. Es gab sehr heftige Diskussionen und sehr unterschiedliche Meinungen dazu: Einige meinten, dies sei viel zu gefährlich – für die Frauen ebenso wie für uns selbst; andere verteidigten vehement unsere Verpflichtung zur Veröffentlichung, um die Grausamkeit, die diese Menschen erleiden und die oft ihr Leben zerstört, nicht zu verschweigen und vielleicht doch etwas zu ändern. Die Frage ist immer: Wie hilft man den Betroffenen am besten? Und die richtige Antwort weiß man oft nicht. Der Bericht wurde veröffentlicht

und stieß auf Empörung in Khartum. Kurze Zeit später wurden zwei führende Mitarbeiter von Ärzte ohne Grenzen unter einem Vorwand verhaftet. Unsere Arbeit in Darfur stand auf dem Spiel. Glücklicherweise wurden sie aber nach internationalen Protesten einige Tage später wieder freigelassen.

6. Völkermord in Ruanda – Fragen an die humanitäre Hilfe

Fiona Terry hat in ihrem Buch „Condemned to Repeat?“ („Zur Wiederholung verurteilt?“) eine Reihe von Fallstudien präsentiert, in denen sie aufzeigt, wie die internationale Hilfe immer wieder in die gleiche Falle läuft (s. auch Jean-Christophe Rufins Buch „Le piège“ von 1986) und beispielsweise durch ihre fast bedingungslose, blinde Unterstützung von Flüchtlingslagern oft neue Grausamkeiten und Terrorakte ermöglicht.

In Ruanda, während des Völkermordes und in den Jahren danach, wie auch in den Flüchtlingslagern in Tansania und im ehemaligen Zaire (heute Demokratische Republik Kongo), haben die internationale Politik ebenso wie die Hilfsorganisationen völlig versagt, und das unter mehreren Aspekten. Bevor ich kurz auf diese Katastrophe eingehe, möchte ich betonen, dass angesichts der Grausamkeit der in Ruanda verübten Verbrechen und des unvorstellbaren Leidens der Menschen die Probleme einer Hilfsorganisation eigentlich völlig irrelevant sind. Die humanitäre Hilfe ist in aller Regel ein Nebenschauplatz. Ruanda ist jedoch ein Beispiel dafür, wie wenig letztendlich humanitäre Organisationen in solch einem Vernichtungsfeldzug ausrichten können, und auch dafür, wie blind und destruktiv die internationale humanitäre Hilfe sein kann und damit unter Umständen mehr Schaden anrichtet als Nutzen bringt.

Ruanda vor dem Völkermord 1994 war eines der am besten mit Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe versorgten Länder der Welt. Auch war bekannt, wie angespannt die politische und soziale Lage in der Bevölkerung war, die zu ca. 90 Prozent den Hutu und zu 10 Prozent den Tutsi zugerechnet wurde. 3500 UN-Blauhelme waren seit 1993 im Land stationiert, um die Einhaltung des Friedensabkommens von Arusha, das eine gemeinsame Regierungsverantwortung von Hutu und Tutsi vorsah, zu überwachen.

Ruanda hatte eine lange Geschichte von Auseinandersetzungen und Pogromen gegen die Tutsi-Bevölkerung erlebt. Und doch haben die im Land arbeitenden humanitären und Entwicklungshelfer vor dem Ausbruch des Völkermords im April 1994 erst nicht begriffen, oder nicht sehen wollen, was vor ihren Augen vorbereitet wurde. Nach dem Beginn der Massaker haben sie dann mit Rückzug statt mit Protest reagiert, die Vereinten Nationen eingeschlossen. Von den 3500 Blauhelmen wurden alle bis auf ca. 300 abgezogen! Die Welt hat die Augen zugemacht und einen Völkermord geschehen lassen. Und selbst die vielbeschworene Nähe zwischen Helfern und Bevölkerung hat die Hilfsorganisationen, Ärzte ohne Grenzen eingeschlossen, völlig im Dunkeln darüber gelassen, was von der Regierung und verbündeten Gruppierungen im Lande vorbereitet wurde.

Auf die Rolle der UN und unserer Regierungen kann ich hier nicht eingehen. Die Bücher von Romeo Dallaire, dem damaligen kanadischen Befehlshaber der in Ruanda stationierten Blauhelme, oder von Alison Des Forges, einer der besten Kennerinnen Ruandas, geben einen schockierenden und detaillierten Überblick. Hier möchte ich nur kurz aufzeigen, mit welchen Fragen die Hilfsorganisationen konfrontiert waren und sind (in der Bibliographie am Ende ist auch ein Artikel, der sich ausführlicher mit diesen Fragen beschäftigt).

Fast alle Hilfsorganisationen verließen das Land vollständig in den ersten Tagen nach Beginn der Massaker am 7. April 1994. Ärzte ohne Grenzen evakuierte alle belgischen und französischen Mitarbeiter, da diese wegen der kolonialen und politischen Beziehungen zwischen Ruanda und ihrem Land besonders gefährdet waren. Einige neu eingeflogene Ärzte und Schwestern arbeiteten dann während der folgenden Wochen unter der Ägide des IKRK in einem Krankenhaus in Kigali. Damals gab es vielleicht keine andere Wahl angesichts der Tatsache, dass man ja nicht wissen konnte, wie sich die Situation entwickeln würde. Und natürlich versuchte man das Nächstliegende: Patienten behandeln, und vor allem die Menschen nicht alleine lassen. Heute fragen sich diese Kollegen, ob das nicht völlig sinnlos und womöglich schädlich war, weil diese Art minimaler humanitärer Hilfe ein Stück Normalität vorgaukelte, wo nichts mehr normal und alles nichts als höllisch war.

Bis heute ist schwer zu verstehen, warum während des Völkermords, als zwischen April und Juli 1994 jeden Tag Tausende Menschen offen in den Strassen ermordet wurden, kaum einer laut und deutlich nach einer Militärintervention verlangt hat. Obwohl dies nach Ansicht vieler das einzige Mittel gewesen wäre, mit dem das Morden hätte gestoppt werden können. Außer einigen wenigen Organisationen, darunter Ärzte ohne Grenzen, hörte man keine Stimme – keine Regierung (auch nicht die deutsche), kein Parlament, keine UN Organisation. Für Ärzte ohne Grenzen stellt sich allerdings nach wie vor die Frage, ob eine humanitäre Organisation so etwas darf – öffentlich eine Militärintervention zu fordern, die ja notwendigerweise selbst Menschenleben kostet. Wie weit darf unsere *témoignage*, unsere Zeugenschaft gehen? Ist hier nicht eine prinzipielle Grenze überschritten? Bis heute ist diese Diskussion nicht abgeschlossen, aber viele Mitglieder von Ärzte ohne Grenzen würden wohl (leicht verkürzt) sagen: ‚Ärzte ohne Grenzen sollte nie eine Militärintervention fordern‘. Doch in einem Völkermord wie dem in Ruanda kann humanitäre Hilfe gar nichts ausrichten, mit Ärzten stoppt man keinen Völkermord. Und selbst, wenn man einige Patienten behandelt – man rettet sie ja nicht wirklich angesichts der herrschenden Vernichtungsstrategie und macht sich eher etwas vor über die Möglichkeit, durch eine medizinische Arbeit den Menschen in sinnvoller Weise beistehen zu können. Wenn in einer solchen Katastrophe keiner derjenigen, die die politischen oder militärischen Entscheidungen treffen müssen, reagiert, dann kann es für eine humanitäre Organisation vor Ort die richtige Entscheidung sein, mit dieser Forderung an die Öffentlichkeit zu gehen.

Genützt hat es nichts. Die einzige Reaktion war, dass Präsident Mitterrand schließlich eine französische Interventionstruppe schickte – nicht um den Völkermord zu beenden, sondern um in einer „rein humanitären Operation“ eine Sicherheitszone, die „zone turquoise“, zu schaffen. Dorthin brachten sich dann auch viele Täter in Sicherheit.

Eine andere Frage betrifft die öffentliche Diskussion über den Völkermord: Bis heute wird in diesem Zusammenhang immer wieder von einer „humanitären Krise“ gesprochen – als habe es sich um Probleme mit der Versorgung von Nahrungsmitteln oder Medikamenten gehandelt. Haben sich die Hilfsorganisationen mitschuldig gemacht an dieser fürchterlichen Verharmlosung des Völkermords?

Im Juli 1994 eroberte die Ruandische Patriotische Front (RPF), eine Exilarmee bestehend aus Gegnern des für den Völkermord verantwortlichen Regimes, die Hauptstadt Kigali und beendete das Morden – ungefähr eine Million Menschen waren in 100 Tagen umgebracht worden; der größte Teil mit Macheten. In diesem Moment zwangen die Führer des unterlegenen Regimes in einem systematisch organisierten

Exodus mehr als eine Million Menschen über die Grenzen in die Nachbarländer, hauptsächlich nach Zaire, in die heutige Demokratische Republik Kongo.

Wir wissen heute, wie genau dieser Exodus geplant war – und wie sehr die Machthaber die internationale humanitäre Hilfe in ihren Kalkül mit einbezogen. Sie wurden nicht enttäuscht. Die internationale Gemeinschaft – die UN, alle unsere Regierungen, oft inklusive Militär - strömten in einem beispiellosen Ausbruch von Hilfsbereitschaft in die Lager, um humanitäre Hilfe zu verteilen. Wo waren alle diese Hilfsmannschaften, Politiker und Militärs während des Völkermords gewesen?

Die Situation in den Lagern war schrecklich, die Cholera brach aus, es gab kein Wasser und in den ersten Tagen kaum Hilfe. Natürlich mussten die Hilfsorganisationen alles tun, um Menschenleben zu retten. Als aber nach einigen Wochen das Schlimmste vorbei war, stellte sich allmählich heraus, dass die Anführer in den Lagern alte Verwaltungsstrukturen wieder aufgebaut hatten. Unter den Flüchtlingen befanden sich zwischen 20 000 und 60 000 Milizen, Politiker und Beamte, die für die Organisation und Durchführung des Völkermords verantwortlich waren. Nicht nur beherrschten diese Anführer die Flüchtlinge, hielten sie als Geiseln fest und erhoben Steuern, sie hatten auch große Mengen an Waffen und selbst Panzer mitgenommenen sowie ungefähr 60 Millionen US\$ in Bargeld. Und jetzt gab es eine weitere, schier unerschöpfliche neue Einkommensquelle: humanitäre Hilfe.

Lange Zeit beruhten die internationalen Nahrungsmittellieferungen auf völlig überhöhten Flüchtlingszahlen, die nie vom UNHCR oder dem Welternährungsprogramm überprüft wurden. Nach unseren Schätzungen waren die Zahlen zu hoch, und es wurde oft bis zu einem Drittel zu viel Nahrung verteilt. Dennoch haben wir Kinder behandelt, die unterernährt waren, woraus man schließen muss, dass die Hilfe nicht den Bedürftigsten zugute kam. Es stellte sich schnell heraus, dass in der Tat Hilfsgüter auf dem Schwarzmarkt verkauft und dafür Waffen eingekauft wurden. Auch machten die Anführer kein Hehl daraus, dass ihre Ziele die Wiederbewaffnung und Rückeroberung Ruandas sowie die Vollendung des Völkermords waren.

Das Muster dieser Vorgänge war nicht neu: Bereits Mitte der 80er Jahre konnte man in den kambodschanischen Flüchtlingslagern in Thailand beobachten, wie solche Flüchtlingslager zu Schutz- und Fluchträumen für kriminelle Gruppen werden können. Auch dort wurden Flüchtlinge als Geiseln gehalten mit dem Ziel, internationale Hilfe anzuziehen, die dann zur Finanzierung neuer Kriegsziele missbraucht wird.

Aber selbst die immer heftiger werdenden Warnungen einiger Hilfsorganisationen im Sommer und Herbst 1994 verhallten ungehört; Ärzte ohne Grenzen z.B. ging bis zum Sicherheitsrat. Aber nichts passierte. Nicht einmal die Trennung der Kriminellen von den wirklich bedürftigen Flüchtlingen in den Lagern oder die Entwaffnung der Milizen, für die die UN und die zairische Regierung verantwortlich waren, geschah. Dies war das zweite skandalöse Versagen unserer Regierungen und der UN sowie einer Reihe der dort tätigen Hilfsorganisationen. Ärzte ohne Grenzen entschloss sich schließlich, nach langen bitteren Diskussionen, sich aus den Lagern zurückzuziehen. Wir hatten es nicht geschafft, andere davon zu überzeugen, dass es sich bei dieser Art von Hilfe womöglich um Beihilfe zum Völkermord handelte. Abbruch der Projekte kann eine, wenn auch extreme Option sein, wenn humanitäre Hilfe massiv missbraucht wird.

Für die Menschen in Ruanda bleiben die Trauer um die Toten und die Wut auf die Täter und alle, die etwas hätten tun können und nichts getan haben. Für die

Hilfsorganisationen bleiben unbequeme Fragen: Wie weit gilt das Gebot der Unparteilichkeit? Darf man Mörder mit humanitärer Hilfe versorgen – vor allem, wenn die akute Gefahr vorbei ist? Wie weit sind die Hilfsorganisationen zu Komplizen der politischen Inaktivität geworden – unserer Regierungen, die zwar humanitäre Hilfe geschickt haben, aber erst nachdem 1 Million Menschen ermordet worden waren, und die selbst dann nicht wahrhaben wollten, was in den von ihnen finanzierten Lagern vor sich ging? Darf eine humanitäre Organisation ihre Patienten im Stich lassen, selbst wenn Hilfe missbraucht wird? Haben die Hilfsorganisationen, genau wie die westlichen Regierungen, zu den Verbrechen des neuen Regimes in Kigali (wie im Lager Kibeho) geschwiegen, weil sie nicht wahrhaben wollten, dass Opfer zu Tätern werden können? Wie konnte es passieren, dass man zwei Jahre lang die Täter durchgefüttert hat, während der größte Teil der Überlebenden in Ruanda sich selbst überlassen blieb? Wie kann man verhindern, dass immer wieder humanitäre Hilfe als Alibi für mangelndes politisches Engagement herhalten muss? Wie kann man klarmachen, dass technisch vernünftige Programme aus humanitären und politischen Gründen kriminell sein können?

Bis heute sind diese Fragen in Deutschland nicht ernsthaft diskutiert worden.

7. „We all want the same!“ – Really?

In einer Zeit, in der sich Moral und Politik angeblich versöhnen, in der militärische Interventionen mit humanitären Zielen gerechtfertigt werden und in der Sicherheitspolitik humanitäre Hilfe als politische Instrumente einsetzt – in solch einer Zeit ist es zutiefst schockierend zu sehen, dass Millionen von Menschen dem Tod ausgeliefert sind. Ohne dass man von den Machthabern, die sonst so schnell sind mit den humanitären Begründungen für ihre Politik, ein Wort der Sorge oder der Beunruhigung hören würde.

Inmitten all der Beteuerungen, dass wir Frieden, Demokratie und Entwicklung für die Ärmsten wollen, bleibt es die Verantwortung der humanitären Organisationen, auf dem Wert des menschlichen Lebens, jedes menschlichen Lebens, zu bestehen und sich um die Schwächsten zuerst zu kümmern. Aber humanitäre Organisationen, wenn sie dieser Verantwortung gerecht werden wollen, müssen in der Lage sein zu handeln. Schließlich misst sich ihr Erfolg nicht in der Zahl wohltönender Pressemitteilungen oder mehr oder weniger intelligenter Policypapers, sondern in ihrer Fähigkeit, Menschenleben zu retten und Leiden zu mindern. Sie müssen für einen Handlungsspielraum kämpfen, in dem sinnvolle humanitäre Hilfe möglich ist und wo gequälten Menschen geholfen werden kann, egal wie strategisch wichtig diese gerade sind. Und sie müssen unabhängig von politischen Interessen handeln können, ebenso wie sie als unabhängig gesehen werden müssen, um von allen Seiten akzeptiert zu werden. Diese Qualität der Unabhängigkeit ist aus ähnlichen Gründen so fundamental wichtig wie die Unabhängigkeit von politischen Einflüssen der Medien oder der Justiz – eine Forderung, die für unsere westlichen Gesellschaften seit langem „normal“ ist.

Diese Unabhängigkeit wird aber heutzutage genau von denen bedroht und verletzt, die sie besonders respektieren und schützen müssten: den Regierungen. Und dies allzu oft im Namen „höherer“ Ziele. Indem sie militärische Interventionen und den „global war on terror“ ebenso wie „nation building“ oder Entwicklungspolitik mit einer humanitären Aura versehen und zusammen mit humanitärer Hilfe in eine politische Strategie gießen mit der Begründung, wir wollten ja alle dasselbe, korrumpieren sie den sowieso schon beschränkten Handlungsspielraum. Gleichzeitig wird in Kauf genommen, dass Tausende

in Tschetschenien, im Kongo und in so vielen anderen Ländern sich selbst überlassen bleiben und sterben.

Humanitäre Organisationen sind nicht ganz unschuldig an dieser Entwicklung. Indem manche immer wieder öffentlich für oder gegen bestimmte politische oder sogar militärische Entscheidungen Stellung beziehen, tragen sie zu einer weiteren Politisierung und damit einer Schwächung der Prinzipien der humanitären Hilfe bei.

Wir alle, unsere Regierungen eingeschlossen, haben uns verpflichtet, Opfern systematischer Gewalt und anderer Katastrophen beizustehen. Wenn wir dieses Minimum an Menschlichkeit wissentlich aufs Spiel setzen, wie glaubwürdig sind dann all die anderen ehrgeizigen Ziele?

8. "Mögen sie mir verzeihen!"

Da ich in diesem Artikel nur selten von den Mitarbeitern und dem, was sie erleben und was sie bewegt, gesprochen habe, möchte ich mit einem Ausschnitt aus einem Brief schließen:

„Nur ein paar Zeilen, um Dir zu sagen, dass ich manchmal vor Einsamkeit und Verzweiflung einen Knoten im Bauch habe. Dass ich abends oft die Petroleumlampe lösche und höre, wie die Bomben detonieren. Ich spüre, wie die Einschläge immer näher kommen, und am liebsten würde ich raus in die Berge laufen. Aber ich habe Angst, die anderen zu wecken und mich lächerlich zu machen. Die Angst schnürt mir die Kehle zu, ich sitze aufrecht in meinem Bett und höre ängstlich den dumpfen Bombenlärm in nächster Nähe. Und ich denke, dass es einfach verrückt ist, hier hineingeraten zu sein.

Dass man von einem Augenblick zum andern tot sein kann, ohne die Zeit gehabt zu haben, etwas zu tun. Die ganze Situation erscheint mir verrückt. Es kommt mir lachhaft vor, ein derartiges Risiko einzugehen. Dies ist doch nicht unser Krieg, wir sind nicht dafür verantwortlich, das geht uns doch eigentlich gar nichts an. Wer könnte meiner Familie mitteilen, dass ihre Tochter, die sich dafür entschieden hatte, hierher zu kommen, für nichts gestorben ist? Wie würde meine Mutter damit weiterleben können? Was habe ich hier eigentlich verloren?

Wie es mich auslaugt, wenn meine Gedanken so wandern! Nach und nach lassen die Bombeneinschläge nach und verlieren sich in der Ferne. Mein Federbett ist beruhigend, es schützt mich gegen alle Angriffe. Ich ziehe es mir über beide Ohren und mache mich über mich selbst lustig. Aber ich habe eine Entschuldigung: Als ich hierher kam, wusste ich nicht, dass ich mein Leben aufs Spiel setzen würde! Ich habe das Gefühl, inmitten eines ganzen Volkes zu leben, das jeden Tag die gleiche Angst durchmacht, aber bei ihnen ist es normal, dass sie sterben: In einem Krieg kommen immer Menschen um. Aber für uns wäre das nicht fair...Oh ja, manchmal denke ich das so lange, bis ich davon überzeugt bin. Mögen sie mir verzeihen!“

Panshir/Afghanistan, 1981

Anne

Was tun die Ärzte ohne Grenzen?

Médecins Sans Frontières/Ärzte ohne Grenzen wurde vor 35 Jahren in Frankreich von einer Gruppe französischer Ärzte und Journalisten gegründet. Auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in Biafra und Bangladesch wollten sie eine Organisation aufbauen, die schnell professionelle ärztliche Hilfe in Konflikt- und Katastrophengebiete bringen kann, die aber auch im Gegensatz zum schweigsamen Roten Kreuz in der Öffentlichkeit über die schrecklichen Erfahrungen und Lebensbedingungen der Menschen berichtet. Das nennen wir „témoignage“ – was man mit „Zeugenschaft“ übersetzen könnte (es gibt leider kein besseres Wort im Deutschen) und was im Englischen „witnessing“ oder „advocacy“ genannt wird. Es hat allerdings Jahre gedauert, bis Ärzte ohne Grenzen wirklich öffentlich berichtet und Stellung bezogen hat. Die Spannung zwischen dem Gebot der Neutralität und der Verpflichtung, öffentlich Zeugnis abzulegen, ist bis heute Anlass zu vielen Diskussionen

Medizinische Hilfe

Ärzte ohne Grenzen hat heute Projekte in rund 70 Ländern der Welt. Wir leisten medizinische Nothilfe in den Ländern, in denen die Gesundheitsstrukturen zusammengebrochen sind oder Bevölkerungsgruppen unzureichend versorgt werden. Neben der Unterstützung der Basisgesundheitsversorgung führen wir oft Programme zur Behandlung von Armutskrankheiten wie Tuberkulose oder Tropenkrankheiten wie Malaria durch. Seit einigen Jahren engagieren wir uns stark in der Vorbeugung und Behandlung von HIV/AIDS in armen Ländern.

In Kriegsgebieten und bei Naturkatastrophen stehen oft chirurgische Eingriffe und deren Nachversorgung im Vordergrund. Gleichzeitig bringt Ärzte ohne Grenzen dringend benötigte Medikamente und medizinisches Material in die jeweiligen Gebiete, um die medizinische Grundversorgung zu gewährleisten. Wir sorgen auch dafür, dass zerstörte Krankenhäuser wieder funktionsfähig werden.

Da in Kriegs- und Krisengebieten wie im Kosovo, Sierra Leone oder Palästina viele Menschen unter Kriegstraumata leiden, führt Ärzte ohne Grenzen auch psychosoziale Projekte durch.

In Flüchtlingslagern sind wir meist für den Aufbau einer medizinischen Infrastruktur verantwortlich. Die Teams richten Gesundheitszentren für die stationäre und ambulante Behandlung ein und bauen ein epidemiologisches Überwachungssystem auf. Darüber hinaus sind die Trinkwasserversorgung und der Bau von Latrinen wichtige Aufgaben. Wenn es notwendig ist, werden Impfkampagnen durchgeführt, um Epidemien vorzubeugen.

Ernährungsprogramme

Bei Hungersnöten oder Lebensmittelengpässen sind die Menschen ungeheuren körperlichen Strapazen ausgesetzt. Kinder leiden oft am meisten darunter, dass es zu wenig Nahrung gibt. Ärzte ohne Grenzen baut deshalb Ernährungszentren auf, in denen (schwer) unterernährte Kinder spezielle Nahrung und medizinische Betreuung erhalten.

Der Nährstoffbedarf eines Menschen bezeichnet die Menge an Nahrung, die für eine optimale Gesundheit und Leistungsfähigkeit benötigt wird. Bei Mangel- oder Unterernährung kommt es durch unzureichende Zufuhr einzelner oder mehrerer Nährstoffe zu physiologischen (körperlichen) Funktionseinschränkungen, die bis zum

Tode führen können. Zunächst verliert der Körper Fette, dann Muskelmasse, die aus Eiweißen besteht. Wenn das Körpergewicht eines Kindes weniger als 70-85 Prozent des Durchschnittsgewichtes eines Kindes vergleichbarer Größe beträgt, bezeichnet man das Kind als unterernährt. Unterernährung gehört zu den häufigsten Todesursachen von Kindern in Krisensituationen. Kinder reagieren empfindlicher auf Unterernährung als Erwachsene, da sie im Wachstum einen verhältnismäßig höheren Nährstoffbedarf haben. Da sie keine großen Mahlzeiten verdauen können, müssen sie häufig mit kleinen Portionen gefüttert werden. In Krisensituationen ist dies häufig nicht möglich. Die Kinder erhalten dementsprechend weniger Nahrung als sie eigentlich bräuchten. Außerdem neigen Kinder eher zu Infektionskrankheiten, die einerseits den Appetit hemmen, andererseits aber mit einem erhöhten Kalorien- und Nährstoffbedarf einhergehen. Diese Krankheiten können ebenso schnell wie die Unterernährung zum Tode führen.

Die Ursache einer Hungersnot liegt nur selten in einer reinen Naturkatastrophe. Zwar führen Dürre, Überschwemmungen und andere Umweltfaktoren oft zu einer Nahrungsmittelknappheit. Doch meist sind es gleichzeitig von Menschen zu verantwortende Faktoren wie Krieg, erzwungene Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen oder Verhinderung landwirtschaftlicher Aktivitäten durch Landminen, die Menschen in Not bringen. Der Aufbau von Ernährungszentren für unterernährte Kinder allein reicht deshalb nicht aus, um der Bevölkerung bei der Bewältigung einer Hungersnot zu helfen. Vor allem müssen die Ursachen der Notsituation geklärt werden, da sie nicht nur für die Hungersnot verantwortlich sind, sondern auch die anschließenden Hilfseinsätze behindern können.

Besonders in Bürgerkriegssituationen wird Hunger auch gezielt als Kriegsstrategie eingesetzt. Für Ärzte ohne Grenzen bedeutet dies, neben der professionellen medizinischen Hilfe auch die Notwendigkeit, Verhandlungen mit den Verantwortlichen zu führen und sich dafür einzusetzen, dass die humanitären Helfer freien Zugang zu den Betroffenen erhalten.

In den meisten Katastrophensituationen ist das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) für die allgemeine Nahrungsmittelverteilung verantwortlich. Eine typische Ration besteht aus einem kohlenhydrathaltigen Grundnahrungsmittel (wie Reis oder Mais), einer Eiweißquelle (wie Linsen oder Bohnen) und Öl für eine konzentrierte Kalorienzufuhr. Im Idealfall werden dieser Ration noch kleine Mengen Salz und Zucker hinzugefügt. Pro Person sollten täglich 2.100 Kilokalorien bereitgestellt werden. Dies bedeutet, dass innerhalb kurzer Zeit Hunderte Tonnen Nahrungsmittel in die betroffenen Region transportiert werden. In Kriegsgebieten ist dies aufgrund der instabilen Sicherheitslage nicht immer möglich, und es kann schnell zu einer lebensbedrohlichen Nahrungsmittelknappheit kommen.

Logistik – das Rückgrat der medizinischen Arbeit

Ob Menschen durch Naturkatastrophen in Not geraten oder vor Krieg und Gewalt fliehen - in akuten Krisensituationen entscheiden oft nur wenige Stunden über Leben und Tod der Betroffenen. Deshalb müssen nicht nur die Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen innerhalb kürzester Zeit in ein Krisengebiet gebracht werden, sondern auch die erforderlichen Hilfsgüter: Arzneimittel, Laborausrüstungen, Decken, Zelte, Nahrungsmittel. Damit die Materialien schnellstmöglich ankommen und an Ort und Stelle sinnvoll verteilt werden können, hat die Organisation in den 80er Jahren ein einzigartiges Logistiksystem entwickelt. Bei den Logistikern in den Projekten laufen die Fäden eines Einsatzes zusammen: Sie bauen Zelte auf, organisieren die Wasserversorgung, installieren Satellitentelefone und Computer, kümmern sich um die

Unterbringung der Mitarbeiter und sind häufig auch für die Sicherheit des Personals verantwortlich.

Dabei arbeiten sie mit einem eigens von Ärzten ohne Grenzen entwickelten Baukastensystem. Für jede Situation steht ein spezifischer Baukasten, ein sogenanntes Kit, bereit. Es enthält alles, was die Mitarbeiter benötigen. Rund 150 verschiedene Kits sorgen dafür, dass die Teams vom Erdbeben bis zur Cholera-Epidemie auf die unterschiedlichsten Krisensituationen vorbereitet sind. Dabei ist festgelegt, wie viele Menschen über einen genau definierten Zeitraum mit einem solchen Kit versorgt werden können. So haben Ärzte und Pflegepersonal mit dem so genannten Notfallkit die Möglichkeit, für 10.000 Flüchtlinge in einer ländlichen Gegend drei Monate lang medizinische Hilfe zu leisten. Das Impfkit enthält neben Impfstoffen und Spritzen sowie Kühlelementen alles, um 5.000 Menschen gegen Masern oder Hirnhautentzündung zu impfen. Damit die Kits schnell an den Bestimmungsort gelangen, stehen sie bereits vom Zoll abgefertigt in den Logistikzentren von Ärzten ohne Grenzen bereit. Die Organisation unterhält solche Zentren in Europa - in Bordeaux und Brüssel - sowie in Ostafrika, in Nairobi. Dort werden die Hilfsgüter eingekauft, gelagert und verteilt. Ein weiterer Vorteil der Kits: Die Standardisierung erlaubt es, die Kosten eines Einsatzes genau zu kalkulieren. So muss man für ein Notfallkit zum Beispiel rund 7.000 Euro berechnen. Die Kits haben sich bei den verschiedensten Einsätzen so gut bewährt, dass sie inzwischen auch von anderen Organisationen gekauft und verwendet werden.

Um einen reibungslosen Ablauf im Projekt zu garantieren, hat Ärzten ohne Grenzen zudem Richtlinien entwickelt. So müssen die Mitarbeiter das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Die Logistiker können nachlesen, wie sie ein Ernährungszentrum in einem Flüchtlingslager aufbauen können, wie eine Satellitenanlage repariert wird oder Wassertanks am besten gereinigt werden. Darüber hinaus hat Ärzten ohne Grenzen zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und anderen UN-Organisationen medizinische Leitfäden erarbeitet. Sie werden kontinuierlich auf den neuesten Stand gebracht und sind weltweit anerkannt. Auch für viele andere Organisationen sind sie inzwischen zu Standardwerken geworden.

Doch ohne kompetente, schnell zu mobilisierende Mitarbeiter wäre auch die schönste Logistik wertlos. Deshalb verfügt Ärzten ohne Grenzen über einen Pool von erfahrenen Freiwilligen, die auf Abruf bereitstehen. Hilfreich ist auch, dass es Projekte in mehr als 70 Ländern gibt und im Fall einer Katastrophe die Mitarbeiter aus den Nachbarländern kurzfristig eingesetzt werden können. Der weitaus größte Teil unserer Mitarbeiter (90 Prozent) kommt aus den Projektländern selbst. Sie leisten auch den größten Teil der oft schwierigen und gefährlichen Arbeit, und das oft mit einem hohen persönlichen Risiko.

Témoignage

Ärzten ohne Grenzen sieht témoignage, das Öffentlichmachen des Leidens der Menschen, denen wir versuchen zu helfen, als integralen Bestandteil der humanitären Arbeit. Dies auch aus Respekt für die Würde der Menschen, deren grausames Schicksal allzu oft vergessen, verdrängt oder verharmlost wird. Medizinische Hilfe allein genügt nicht. Es ist wichtig für sie zu wissen, dass ihr Schicksal bekannt gemacht wird, damit sie nicht mehr allein sind in ihrem Kampf ums Überleben, gegen Krankheiten und gegen Gewalttaten.

Ärzten ohne Grenzen versucht diese Berichte nicht etwa als Verteidiger der Menschenrechte in die Welt zu tragen, das können Amnesty International und Human

Rights Watch besser, sondern als möglichst genauer Zeuge des Leidens und der Angriffe auf die Würde dieser Frauen, Männer und Kinder. Auch wenn diese öffentliche Stellungnahme nicht immer Leben rettet, so sind wir doch fest davon überzeugt, dass Schweigen töten kann.

Direkte öffentliche Kritik ist allerdings stets das letzte Mittel, zu dem wir greifen. Unsere absolute Priorität ist die medizinische Versorgung unserer Patienten. Gleichzeitig dokumentieren wir deren Situation. Vor dem Gang an die Öffentlichkeit versuchen unsere Mitarbeiter, über persönliche Gespräche und stille diplomatische Kanäle den Macht missbrauch zu thematisieren und ihm Eingalt zu gebieten. Ob Ärzte ohne Grenzen Informationen an die Medien weiterleitet, um öffentlichen Druck zu erzeugen, hängt jeweils vom Einzelfall ab, insbesondere aber davon, ob eine Veröffentlichung im Interesse der betroffenen Menschen ist. Dieser letzte Schritt ist oft eine schwierige Gratwanderung.

Einige Zahlen:

Ärzte ohne Grenzen ist ein internationales Netzwerk aus nationalen Vereinen mit Mitgliedern und gewählten Vorständen. Wir haben Sektionen in 19 und Projekte in mehr als 70 Ländern. Im Jahr 2004 gab es über 24 000 Projektstellen, von denen ca. 22 000 von nationalen Mitarbeitern besetzt wurden, rund 2000 von internationalen Mitarbeitern. Um diese Stellen auszufüllen, sind ca. 3800 Ärzte und Pflegekräfte, Logistiker und Verwaltungsexperten für durchschnittlich sechs bis zwölf Monate ausgereist.

Im Jahr 2004 wurden ungefähr 10 Millionen Konsultationen durchgeführt, davon 86 Prozent in instabilen Kontexten. Zur Zeit (Anfang 2006) hat Ärzte ohne Grenzen rund 57 000 HIV/AIDS Patienten in anti-retroviraler Behandlung.

Das Gesamteinkommen betrug 2004 ungefähr € 458 Millionen, davon sind rund 75 Prozent aus Privatspenden. Die restlichen 25 Prozent kommen von einer Reihe europäischer und UN Institutionen wie einzelner Regierungen. Über 80 Prozent der Ausgaben gingen in die sogenannte „social mission“ – den Vereinszweck: humanitäre Projekte und „témoignage“, unsere Aufgabe als Zeugen und Beobachter. Dies bedeutet, dass weniger als 20% der Ausgaben in die Verwaltung, das Management und die Spendenwerbung fließen. 2004 gingen 75 Prozent der Projektausgaben nach Afrika. Das höchstfinanzierte Land war der Sudan mit allein € 50 Millionen, es folgten die Demokratische Republik Kongo, Angola, Liberia und die Elfenbeinküste.

Bibliographie :

Francoise Bouchet-Saulnier: *The Practical Guide to Humanitarian Law* (also in French), Rowman&Littlefield, Boston, 2002

Brecht, Bertold: *Gesammelte Gedichte, Bd. 1*, Suhrkamp, Frankfurt, 1967

Brauman, Rony: *Le crime humanitaire, Somalie*, Arléa, Paris, 1993

Brauman, Rony: *Hilfe als Spektakel*, 1995, Rotbuchverlag; die Originalausgabe erschien mit dem Titel „Devant le mal, Rwanda.Un génocide en direct, 1994 bei Les éditions Arléa.

Brauman, Rony: *L'action humanitaire*, Flammarion, 1995.

Brauman, Rony: *Humanitaire: Le dilemme*, überarbeitete Ausgabe, Textuel, 2002

Calließ, Jörg (Hrg.): „Zehn Jahre danach: Völkermord in Ruanda“, *Loccumer Protokolle* 11/04.

Eberwein, Wolf; Runge, Peter: *Neue Herausforderungen für die Humanitäre Hilfe: Probleme und Perspektiven*. In: Eberwein/Runge (Hg.) (2002): *Humanitäre Hilfe statt Politik? Neue Herausforderungen für ein altes Politikfeld*, Münster/Hamburg/London: LIT Verlag.

Gluck, Kenny: „Coalition Forces Endanger Humanitarian Action in Afghanistan“, http://www.msf.org/msfinternational/invoke.cfm?objectid=409F102D-A77A-4C94-89E0A47D7213B4D5&component=toolkit.article&method=full_html&CFID=820820&CFTOKEN=26386758

Jean, Francois; Rufin, Jean-Christophe: *Économie des guerres civiles*. Hachette, 1996 (in Deutsch erschienen unter dem Titel « Die Ökonomie der Bürgerkriege »)

Médecins Sans Frontières: „ Angola: Sacrifice of a People (2002), <http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/Service/Publikationen/Hintergrundberichte.php>

Médecins Sans Frontières: „The Crushing Burden of Rape. Sexual Violence in Darfur (2005), <http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/Service/Publikationen/Hintergrundberichte.php>

Moorehead, Caroline: *Dunant's Dream: War, Switzerland and the History of the Red Cross*, Harper Collins, London, 1998.

von Pilar, Ulrike: *Die Instrumentalisierung der Humanitären Hilfe*, in: Eberwein, Wolf-Dieter/ Runge, Peter (Hg.) (2002): *Humanitäre Hilfe statt Politik? Neue Herausforderungen für ein altes Politikfeld*, Münster/ Hamburg/ London: LIT Verlag.

von Pilar, Ulrike: „I close my eyes and treat people“. Wenn humanitäre Hilfe mehr schadet als nützt. Die Fragen und Dilemmata der Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières/ÄRZTE OHNE GRENZEN (MSF) in Ruanda 1994/95; in: Jörg Calließ: „Zehn Jahre danach: Völkermord in Ruanda“, *Loccumer Protokolle* 11/04.

Pipes, Richard: *Russia under the Bolshevik Regime*. Alfred A. Knopf, New York, 1993

Rieff, David: *A Bed for the Night. Humanitarianism in Crisis*; Vintage, London, 2002

Rufin, Jean-Christophe: *Le piège humanitaire (1986), suivi de Humanitaire et politique depuis la chute du Mur, überarbeitete Ausgabe, 1993*, éditions Jean-Claude.

Rufin, Jean-Christophe : *L'aventure humanitaire*, Gallimard, Paris, 1994

Beat Schweizer: *Moral dilemmas for humanitarianism in the era of « humanitarian » military interventions*; *Revue Internationale de la Croix Rouge*, Septembre 2004, Vol. 86.

Shawcross, William : *The Quality of Mercy. Cambodia, Holocaust and Modern Conscience*; 1984.

Terry, Fiona: *Condemned to repeat? The paradox of humanitarian action*, 2002, Cornell University Press.

de Torrenté, Nicolas: *Humanitarianism sacrificed: Integration's false promise*; in *Ethics and International Affairs*, Vol. 18, no.2 (2004).

Weissman, Fabrice (ed): *In the Shadow of 'Just Wars', Violence, Politics and Humanitarian Action*, 2004, Hurst&Company, London.